

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 8038/39  
Telex: 5 88 848 pppn d



## Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen: Der Patient Arbeitsmarkt siecht dahin.

Seite 1

Horst Peter MdB befaßt sich mit dem Bundesgrenzschutz: Auf dem Weg zur Skandaltruppe.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB befaßt sich mit einem "Gutachten" des Kronberger Kreises: Steinzeit-Liberalismus.

Seite 4

### Rezension

Hugo Brändt MdL, Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz, bespricht das Buch "Dunkelmänner der Macht" von Jürgen Roth und Berndt Ender.

Seite 5

39. Jahrgang / 147

2. August 1984

Der Patient Arbeitsmarkt siecht dahin

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Juli 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Eine gewisse Phantasie ist der Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem CDU-Präsidenten an der Spitze nicht abzusprechen, wenn es um die allmonatliche Präsentation der neuesten Arbeitsmarktzahlen geht. Dies meine ich allerdings keineswegs positiv - im Gegenteil! Die Zahlen bleiben Monat für Monat unverändert düster, und die arbeitsmarktpolitische Bilanz dieser Bundesregierung wird immer verheerender. Dennoch lassen die Kommentare der Bundesanstalt und solche aus den Reihen von CDU/CSU und FDP keinerlei Umdenken erkennen. Noch immer ist eine angebliche Besserung nicht erkennbar, noch immer sollen sich die Hunderttausende von Arbeitslosen und ihre Familien keine Sorgen um die Zukunft machen, noch immer dürfte es strenggenommen überhaupt keine Arbeitslosigkeit unter der "Wende"-Regierung mehr geben.

Doch die Versprechungen dieser Bundesregierung sind die eine, ihre arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Untätigkeit die andere Seite der Medaille. Und vor allem stürzt sie mit ihrer Politik des fortschreitenden und vor nichts zurückschreckenden Sozialabbaus immer mehr Menschen in Not und Armut. Und hier liegt auch die sozialpolitische Brisanz der allmonatlichen Arbeitsmarktstatistik, die sich allerdings nur demjenigen nicht verschließt, der nicht mit menschenverachtender Ignoranz, leichter Hand und flinker Zunge darüber hinweggeht. Auf sie gilt es immer wieder hinzuweisen.

Im Juli 1984 führte die offizielle Statistik 2.202.000 arbeitslose Menschen in der Bundesrepublik, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,9 Prozent. Im Vergleich zum Juni hat es dabei wie in den Vorjahren auch in diesem Jahr wieder den üblichen Juli-Anstieg gegeben, der dieses Jahr einen Zuwachs von 0,4 Prozent beziehungsweise 89.600 ausmachte. Allerdings fiel er höher aus als im Jahr 1983, das seit Beginn der Arbeitsmarktstatistik im Jahre 1963 den



traurigen Rekord des Jahres mit den höchsten Arbeitslosenzahlen hält (Anstieg von Juni auf Juli 1983: + 75.600). Und wieder einmal ist auch die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl gestiegen!

In den Worten der Bundesanstalt für Arbeit liest sich das so: Die schwächere Entwicklung, die schon im Verlauf des zweiten Quartals 1984 erkennbar gewesen sei, habe im zurückliegenden Monat angehalten. Gegenwärtig könne nicht gesagt werden, ob dies ein vorübergehender Vorgang sei oder ob die ungünstige Tendenz weiter anhalte.

Allgemein wird ein ominöses "Sommerloch" von Präsident Franke bemüht - wahrlich ein Phänomen, das man bislang eher aus den Redaktionsstuben der "Bild"-Zeitung und als Tummelplatz für das Ungeheuer von Loch Ness kannte. Dabei hätten die 2,2 Millionen offiziell Arbeitslosen und die schätzungsweise weiteren ein Millionen Arbeitslosen, die resigniert haben und in keiner Statistik mehr geführt werden, Besseres verdient als den "Trost" eines "Sommerloches". Nach neueren Untersuchungen erhalten nur noch 35 Prozent der Arbeitslosen Arbeitsgeld und 23 Prozent Arbeitslosenhilfe, das heißt über ein Drittel bezieht überhaupt keine Arbeitslosenunterstützungsleistungen und ist zum Beispiel auf Sozialhilfe angewiesen. Diesen Menschen und ihren Familien ist keine menschenwürdige Existenzsicherung mehr möglich, sie werden gerade noch vom Sozialstaat vor dem Absturz ins Bodenlose geschützt. Und niemand kann bei dieser Bundesregierung sagen, wie lange dies noch so sein wird.

Im September 1983 erhielten bereits 637.000 gemeldete Arbeitslose weder Arbeitslosengeld noch -hilfe (34 Prozent der un- und angelernten Arbeiter, 38 Prozent der Frauen und der ausländischen Arbeitnehmer, 32 Prozent der Schwerbehinderten, 44 Prozent der arbeitslosen Hochschulabsolventen sowie 48 Prozent der registrierten Jugendlichen unter 20 Jahren). Mit anderen Worten: die Arbeitslosen in unserem Land zählen zu den am meisten von der Armut bedrohten Gesellschaftsgruppen. Bedroht waren im Juli 1984 acht Prozent der Männer und 10,2 Prozent der Frauen (im Vorjahr 7,9 Prozent und 10,3 Prozent). Bedroht waren 1.420.900 Arbeitslose mit gewerblichen Berufen und 781.200 Arbeitslose mit Angestellten-Berufen. Seit kurzem sind bedroht die 377.400 Menschen, die in der Juli-Statistik als Zugänge an Arbeitslosen geführt werden (+ zwei Prozent gegenüber 1983), gegenüber den 287.800 Abgängen. Der Zugang an offenen Stellen belief sich im Juli 1984 auf 133.500, während aber die Entwicklung bei den Arbeitsvermittlungen: laut Bundesanstalt für Arbeit "verhalten" blieb. Vermittelt wurden von den Arbeitsämtern im zurückliegenden Monat 162.300 Arbeitssuchende (600 weniger als vor einem Jahr), wobei 56.800 von ihnen nur kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse bis zu sieben Tagen eingehen konnten.

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm von Juni auf Juli um 75.000 oder 22 Prozent auf 262.300 ab, darunter wären 74.300 Arbeitnehmer in Betrieben, die mittelbar von den Auswirkungen des Tarifkonfliktes betroffen waren. Im Juli gingen bei den Arbeitsämtern für 105.600 Arbeitnehmer-Anzeigen über geplante Kurzarbeit ein. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden weitere 8.500 Arbeitslose vermittelt, womit sich die Zahl der in ABM Geförderten gegenüber dem Vorjahr um + 48 Prozent auf 80.600 erhöhte. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren stieg im Juli 1984 um 24 Prozent beziehungsweise 32.900 auf nunmehr 170.400 an. Dabei machten viele Schulabgänger und Auszubildende nach Abschluß ihrer Lehre nun erstmals die Erfahrung des Arbeitslosendaseins. Die Zahl der Arbeitslosen, die 59 Jahre oder älter sind, verringerte sich geringfügig um ein Prozent auf 106.900, das waren 12 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer ging um ein Prozent (3.200) auf 259.700 zurück, wobei die Arbeitslosenquote von 13,1 Prozent weiterhin deutlich über der allgemeinen liegt.

Die Bundesanstalt berichtet in diesem Zusammenhang von den Auswirkungen des Rückkehrhilfegesetzes, dessen Inanspruchnahme durch circa 14.100 ausländische Arbeitnehmer und weiteren 22.500 Familienangehörige eine "merkliche Entlastung für den deutschen Arbeitsmarkt" bedeutet hätte. Vor allem Türken (über 80 Prozent der Antragsteller), aber auch jeweils rund fünf Prozent Jugoslawen, Portugiesen und Spanier hätten das Rückkehrhilfegesetz "intensiv in Anspruch genommen". Doch diese aus Sicht der Bundesregierung positiven Einzelbefunde können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Patient Arbeitsmarkt weiterhin dahinsiecht. Nach dem "Sommerloch" als Krankheitsursache in diesem Monat wird uns im nächsten Monat dann vielleicht das Bermuda-Dreieck präsentiert werden.

**Der BGS - auf dem Weg zur Skandaltruppe**  
-----

Die Bundesregierung läßt die Grenzschrützer von einer Affäre in die andere stolpern

Von Horst Peter MdB

Bundeskanzler Kohl hat wenig Glück mit seinen Befehlshabern. Mit der Wörner-Affäre gab der Bundesverteidigungsminister im Januar dieses Jahres die Bundeswehr der Lächerlichkeit preis. Unter der harten Hand des Bundesinnenministers scheint indessen der Bundesgrenzschutz zur Skandaltruppe des Bundes zu verkommen.

Dabei hat die Bundesregierung einiges vor mit dem Bundesgrenzschutz. Befürchtungen der einen, Forderungen der anderen, aus der zivilen Polizei der Bundeswehr wieder eine paramilitärische "Truppenpolizei" werden zu lassen, sind von der Bundesregierung nie ausgeräumt und eindeutig abgewiesen worden. So wird denn auch das Personalstrukturgesetz, das die Angleichung des BGS an die Länderpolizei, die personelle Durchlässigkeit, regelt, als störend empfunden. Einige Kritiker des BGS sehen diesen schon den Weg zu einer "Bürgerkriegsarmee" gehen.

Besonderes Aufsehen erregt bei Kenntnis dieser Tendenzen das Grenzschutzkommando Mitte. Dies auch deshalb, weil couragierte Polizeigewerkschafter und Beamte nicht davon ablassen, diese Tendenzen unablässig zu kritisieren und wohl deshalb als Ruhestörer empfunden und entsprechend behandelt werden.

Erzürnt reagierte die BGS-Führung auf ein internes Informationsblatt der Gewerkschaft der Polizei, in dem unter Verweis auf die vormalige Verwendung des auch im BGS verwendeten Stahlhelms die Tradition dieses Stahlhelms glossiert wurde.

Erst nach mehreren Anfragen an die Bundesregierung konnte die Bundesregierung bestätigen, daß BGS-Angehörigen im Kommandobereich Mitte ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, mit dem sie die Kenntnisnahme der Berufsverbotsvorschriften des sogenannten Adenauer-Erlasses aus dem Jahre 1950 bestätigen sollten. Dem Führungspersonal des Kommandos Mitte war nicht bekannt, daß selbst nach Ansicht dieser Bundesregierung dieser Erlass "überholt" sei, weil er gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes verstößt. Der Bundesregierung wiederum war die im Bereich Mitte geübte Praxis der Vorlage dieses Revers nicht bekannt. Sie bequeme sich schließlich dazu, dieses Verfahren abzustellen.

Während der Streikbewegung in der Metall- und Druckindustrie ließ die Abteilung Mitte 2 Bad Hersfeld auf dem Truppenübungsplatz Sennelager den Einsatz gegen streikende Arbeiter proben. Die BGS-Spitze versuchte dies als Entgleisung eines subalternen Beamten herunterzuspielen. An dieser Übung sollen insgesamt 13 BGS-Hundertschaften teilgenommen haben. Diese Ausrede läßt bei diesem Sachverhalt Zweifel an der Führungsstruktur des BGS aufkommen.

Öffentlicher Unmut gegen den Kommandeur dieser Abteilung, Polizeidirektor Casel, erhob sich wegen dessen Rede zum 20jährigen Bestehen des BGS. Zuhörer empfanden die Rede als "Provokation", als "Rundumschlag (...)", Kahlschlag gegen unser demokratisches Gesetz, die Parlamentarier der SPD, die Pfarrer und all jene, die Herrn Casel nach dessen Rechtsempfinden im Wege stehen. Bestenfalls in einem Land der Militärdiktatur wäre ein solcher Auftritt denkbar.

Unbedenklich empfindet nun der Bundesinnenminister auch den jüngst bekanntgewordenen Vorfall bei der BGS-Abteilung Bad Hersfeld. Uniformiert marschierte eine Gruppe der fa-



schistischen Wiking-Jugend in die dortige BGS-Unterkunft ein, und nahm an einer mehrstündigen Informationsveranstaltung mit anschließender Führung zur deutsch-deutschen Grenze teil. Die Wiking-Jugend wird im Verfassungsbericht der Bundesregierung - immerhin ist sie dort im Gegensatz zur HIAG noch registriert - als "eine der gefährlichsten neonazistischen Organisationen" klassifiziert. Sie stehe "voll und ganz in Aufbau und Ideologie in der Tradition der Hitler-Jugend". Hier scheint die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verfassungsschutz und BGS nicht funktioniert zu haben, oder vielleicht ist es auch nur Einweg-Information...

Nun kann man - wie die Bundesregierung offensichtlich - der Meinung sein, wenn der Bundeskanzler Kurt Ziesel mit nach Israel nimmt, SS-Veteranen an Bundeswehrveranstaltungen teilnehmen, dann kann der BGS auch bedenkenlos uniformiert auftretende faschistische Organisationen in seinen Unterkünften empfangen und unterweisen. Vielleicht auch ein Weg zur Behebung der Nachwuchssorgen des BGS?

Und tatsächlich, zu all diesen Vorfällen paßt auch das Auftreten der Wiking-Jugend in der BGS-Kaserne. Diese Vorfälle, Ziesel in Israel, SS bei der Bundeswehr, Herausnahme der HIAG aus dem VS-Bericht, die lasche Haltung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber neuen Faschisten wie Köhnen und dem "Thule-Seminar" sind Ausfluß des Zeitgeistes, den diese Bundesregierung propagiert, und lassen eine bornierte Nachlässigkeit dieser Bundesregierung erkennen.

Der Gewerkschaft der Polizei ist zuzustimmen, wenn sie angesichts der jüngsten Vorfälle in Bad Hersfeld rückhaltlose Aufklärung und personelle Konsequenzen fordert. Die jetzige Regierungsmehrheit sah in dem sozialliberalen Innenminister Baum ein "Sicherheitsrisiko". Sollte die jetzige Spitze nicht bereit sein, Konsequenzen aus der Entwicklung innerhalb der Führungskader des BGS zu ziehen, muß wahrscheinlich bald gefragt werden, ob hier nicht ein "Demokratierisiko" entsteht. Der Fisch beginnt immer am Kopf zu faulen und zu stinken. (-/2.8.1984/va-he/rs)

+ + +



Steinzeit-Liberalismus

Anmerkungen zu einem "Gutachten" des Kronberger Kreises

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Kronberger Kreis, eine Gruppe beamteter und hochbezahlter Professoren hat jüngst ein neues "Gutachten" vorgelegt, diesmal zur Wohnungspolitik.

Kristallisationspunkt der von persönlichen Risiken aufgrund von Status und Einkommen befreiten Herren ist wie immer die Überlegung, daß sich die Probleme unserer Gesellschaft besser lösen lassen, wenn man überall Marktmechanismen und Prinzipien einführt. Alles, was das marktgerechte Verhalten von Individuen hindert, muß beseitigt werden. Damit sind in der Praxis vor allem Schutzrechte und soziale Absicherungen (außer denen der Professoren) gemeint.

Denn wie kann ein Vermieter seinen Besitz marktgerecht, das heißt möglichst gewinnbringend verwerten, wenn er den Mieter nicht jederzeit rauswerfen kann? Also: Weg mit dem Kündigungsschutz. Wie kann man produktive Arbeitsplätze in der Industrie schaffen? In dem man die Unternehmen steuerlich entlastet und die Förderung von "Schlafplätzen" (das schreiben die so, und meinen Wohnungen) verringert. Also: Weg mit der Wohnungsbauförderung.

Wie kann man raumordnungspolitisch unerwünschte Ballungsräume vermeiden? Indem man die Subventionierung der höheren Kosten in diesen Ballungsräumen einstellt und die Leute damit zur Abwanderung bringt. Also: Weg mit dem miethöhenabhängigen Wohngeld. Münchner Rentner, zieht aufs Land.

Die Abteilungen sind durchaus logisch. Sie sind von einer reinen Modell-Logik, die sich ergibt, wenn man den Rahmen des Modelles akzeptiert: Danach ist eine Gesellschaft dann optimal organisiert, wenn es keine das Spiel von Angebot und Nachfrage hemmenden Faktoren mehr gibt und alle Menschen sich betriebswirtschaftlich und wettbewerbsmäßig verhalten. Es lohnt deshalb nicht, auf die Einzelvorschläge dieses "Gutachtens" detailliert einzugehen.

Denn das Gedankengut des Kronberger Kreises (ein schöner Ort in meinem Wahlkreis, der nicht dafür kann, daß sich dieser Kreis nach ihm benennt) ist nicht einmal ordoliberal, es ist Steinzeit-Liberalismus (besser: Steinwurf-Liberalismus). Und wie hat doch selbst Wohnungsbauminister Schneider von der CSU jüngst herausgefunden: "Der Markt ist sozial blind." (-/2.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



REZENSIONEin Blick auf Geheimzirkel und Geheimdienste  
-----

Jürgen Roth/Berndt Ender, "Dunkelmänner der Macht", Lamuv-Verlag, Bonnheim-Merten, 1984, 272 Seiten, DM 24,--.

Das Buch beschäftigt sich mit politischen Geheimzirkeln und dem organisierten Verbrechen. Das ist freilich ein Haus mit vielen Fenstern, in einige haben Jürgen Roth und Berndt Ender hineingelinst. Hartgesottene Profis wird das Buch nicht beeindrucken, denn vieles ist bekannt durch oft entlegene und vereinzelte Meldungen. Und überdies: Gesellschaften hat es schon immer gegeben, selbst das organisierte Verbrechen hat eine lange Geschichte - und immer ging es um dasselbe: um Profit und Macht und meistens sogar umgekehrt. Die harmlosen Geheimzirkel waren schon immer selten.

Das weniger hartgesottene Gemüt indessen wird erschrecken und dazu neigen, mit "das ist doch nicht möglich" zu reagieren. Weit gefehlt, was da zu lesen ist, ist alles möglich, und leider noch viel mehr.

Das, was da über Cercle Violet, über Loge P 2 oder Orden Opus Dei berichtet wird, über CIA, MI 6 oder BND ist Wirklichkeit, wenn auch verdeckte.

Das Buch hat das unbestreitbare Verdienst, eben bestimmte vertraute Meldungen, bekannte Fakten und Ereignisse nicht nur gesammelt, sondern auch versucht zu haben, sie in Beziehung zueinander zu setzen - der unter der Londoner Brücke erhängte Calvi, der Anschlag auf den Papst, der ermordete Hubrich erfahren neue Beziehungen untereinander.

Drogen, Waffen, Geld und Nachrichten waren schon immer eine explosive Mischung, derer sich die Geheimdienste bedienen. Am Ende weiß keiner so ganz genau, wem die Geheimdienste eigentlich dienen. Deren Kontrolle ist unmöglich, versucht worden ist es oft genug.

Daß da in bestimmten Zusammenhängen immer wieder dieselben Namen auftauchen, ist mehr als nur Zufall. Das Gewerbe hat seinen festen Stamm von Kunden und Mitarbeitern. Und wenn sie sich nicht untereinander leid tun, geschieht ihnen auch nichts, weil alle von ihnen profitieren.

All das ist schon gefährlich genug. Am gefährlichsten jedoch ist diese Szene, wenn sie sich in internationaler Solidarität des gesamten Waffenarsenals bedient, um bestimmte Zwecke zu erreichen. Unlegitimierte Macht vor allen Dingen ist immer antidemokratische Macht. Die Autoren haben recht: "In das Schema der internationalen Verflechtungen von Politik und Kriminalität paßt keine Theorie über das Wesen der Demokratie." Das ist freilich wahr. Nur, auch das wissen die Autoren, es gibt nicht nur westliche Geheimdienste und Geheimgesellschaften - die gibt's auch im Osten, und sie sind kein Jota besser. Die Methoden gleichen sich und ich füge hinzu: die bekämpfen sich nicht nur - das auch - die kennen sich und arbeiten zusammen, soweit das ihre Interessen gebieten oder auch nur zulassen.

Das Buch hat Schwächen, ganz gewiß, vor allem, wenn die Autoren sich auf das sumpfige Gelände der Schlußfolgerungen begeben. Was möglich ist, oder sogar naheliegt zu glauben, kann auch ganz anders gewesen sein, wengleich auch nicht besser.

Wer bereit ist, seine Unschuld zu verlieren, der lese das Buch. Wer freilich im Stand der Innocentia sich wohler fühlt, der lasse die Finger davon.

Hugo Brandt MdL

(-/2.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

